Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

## Entwurf "Atmende Gliederung"

Bericht der Kommission Sichere Verwahrung insbesondere hoch radioaktiver Abfälle

Stand: 3. Februar 2016

Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe

K-Drs. 140 B

Entwurf einer "atmenden" Gliederung – Stand 3. Februar 2016

## BERICHT DER KOMMISSION SICHERE LAGERUNG INSBESONDERE HOCH RADIOAKTIVER ABFÄLLE

## Inhaltsverzeichnis

VORWORT	10
PRÄAMBEL: NACHHALTIGKEIT – VERANTWORTUNG UND GERECHTIGKE	
1. Zehn Grundsätze	
Kasten: Bestmögliche Sicherheit	10
2. Gesellschaftlicher Konsens: Ausstieg aus der Kernenergie	10
3. Regeln für eine Kultur im Umgang mit Konflikten	10
TEIL A: ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN	10
1. WIE DIE STANDORTSUCHE GELINGEN KANN	10
1.1 Ein transparentes, faires Auswahlverfahren	10
Kasten mit Schaubild: Das Auswahlverfahren	10
1.2 Suche mit Bürgerbeteiligung	10
Kasten mit Schaubild: Die Bürgerbeteiligung	10
1.3 Das neue Konzept: Rückholbarkeit, Fehlerkorrektur, Geringere Wärmelast	11
1.4 Arbeitsweise der Kommission	11
1.4.1 Drei Phasen der Kommissionsarbeit	11
1.4.2 Wichtige Schritte und Zwischenergebnisse	11
2. EMPFEHLUNGEN FÜR DIE MÖGLICHST SICHERE LAGERUNG	11
2.1 Empfohlener Entsorgungspfad	11
2.2 Kriterien für die Standortauswahl	11
2.2.1 Ausschlusskriterien	11
2.2.2 Mindestanforderungen	11
2.2.3 Abwägungskriterien	11
2.2.4 Planungsrechtliche Kriterien	11
2.3 Lagerung hoch radioaktiver Abfälle	11
2.4 Lagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle	11
2.5 Nutzung von Zwischenlagern	11
2.6 Verhinderung von Missbrauch	11

3. POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE EMPHELUNGEN	11
3.1 Gesellschaftliche Akzeptanz und Beteiligungsformen	12
3.2 Institutionelle Vorschläge	12
3.3 Gesetzliche und verfassungsrechtliche Vorschläge	12
3.3.1 Änderung des Standortauswahlgesetzes	12
3.3.2 Weitere Gesetzesänderungen	12
3.3.3. (ggf. ) Kernenergieausstieg im Grundgesetz verankern	12
3.4 Sicherung von Wissen und Forschung	12
3.5 Ausbau der Technikfolgenbewertung	12
3.6 Zukunftsethik in der Risikogesellschaft	12
TEIL B: BERICHT	12
1. GESETZLICHER AUFTRAG DER KOMMISSION	12
1.1 Vorgeschichte	12
1.2 Entstehung des Standortauswahlgesetzes	12
1.3. Das Standortauswahlgesetz	12
1.3 Auftrag der Kommission	12
1.5 Politische und gesellschaftliche Grundlagen für das Auswahlverfahren	12
2. AUSGANGSBEDINGUNGEN FÜR DIE KOMMISSIONSARBEIT	12
2.1 Die Geschichte der Kernenergie	12
2.1.1 Phase eins: Der Wettlauf um die Atombombe	13
2.1.2 Phase zwei: Der Aufstieg der nuklearen Stromerzeugung	13
2.1.3 Phase drei: Die Debatte um eine Energielücke	13
2.1.4 Phase vier: Klimawandel und Atomenergie	13
2.1.5 Phase fünf: Ausstieg aus der Kernenergie	13
2.2 Die Entsorgung radioaktiver Abfälle	13
2.2.1 Der Umfang der Aufgabe	13
2.2.2 Suche nach Endlagerstandorten	13
2.2.3 Die Endlagerung radioaktiver Stoffe	
2.2.4 Die gesellschaftlichen Konflikte um Standorte	13
2.2.5 Das Ende der Produktion radioaktiver Abfallstoffe	13
2.2.6 Handlungszwang: Zwischenlager	13
2.3 Der Umgang mit Konflikten	
2.3.1 Grundsätze für eine Kultur des Konflikts	13
3. DAS PRINZIP VERANTWORTUNG	13
3.1 Der Konflikt der zwei Modernen	13
3.1.1 Die Grenzen tradierter Regelungen	13

3.1.3 Von der einf	achen zu reflexiven Modernisierung	13
3.1.4 Verantwortu	ng und Fortschrittsidee	13
3.1.5 Das Spannur	ngsverhältnis von Freiheit und Wissenschaft	13
3.2 Ethische Prin	zipien zur Festlegung von Entscheidungskriterien	13
3.2.1 Sicherheit fü	ür Mensch und Natur heute und in der Zukunft	13
3.2.2 Die friedens	spolitische Herausforderung	13
3.2.3 Vermeidung	g unzumutbarer Belastungen für zukünftige Generationen	13
3.3 Zielkonflikte	und Abwägungsnotwendigkeiten	13
3.3.1 Freiheit vers	sus Sicherheit	13
3.3.2 Reversibilitä	ät von Entscheidungen	13
3.3.3 Realistische	Annahmen über künftige Technologien und Gesellschaften	13
3.4 Leitbild Nach	haltigkeit	13
3.5 Zehn Grunds	ätze	14
3.6 Vorschläge an	n Politik und Wissenschaft	14
4. SICHERE LAGER	UNG RADIOAKTIVER ABFALLSTOFFE	14
4.1 Abfallbilanz		14
4.1.1 Hoch radioal	ktive Abfälle	14
4.1.2 Schwach- un	nd mittelradioaktive Abfälle	14
4.1.3 Dokumentati	ionsformen und -pflichten	14
4.2 Geowissenscha	aftliche Daten	14
4.2.1 Arbeitsgrund	llagen des AK End	14
4.2.2 Geowissenso	chaftliche und hydrogeologische Daten	14
4.2.3 Bewertung d	er Datenlage	14
4.3 Warum radioak	tive Abfallstoffe sicher verwahrt werden müssen	14
4.3.1 Physikalische	Antwort	14
4.3.2 Biologisch/m	edizinische Antwort	14
4.3.3 Gesellschafts	politische Antworten	14
4.4 Nationale Erfah	rungen mit Endlagerprojekten	14
4.4.1 Schachtanlag	e Asse II	14
4.4.2 Endlager Mor	rsleben	14
4.4.3 Endlager Sch	acht Konrad	14
4.4.4 Erkundungsb	ergwerk Gorleben	14
4.4.5 Bewertung de	er Erfahrungen	14
4.5. Internationale I	Erfahrungen	14
4.5.1 Auswahl von	Endlagerstandorten in anderen Ländern	15
4.5.2 Schweiz		15

4.5.3 Schweden	15
4.5.4 Finnland	15
4.5.5 Sonstige	15
4.5.6 Bewertung der Erfahrungen	15
4.6 Neustart der Endlagersuche	15
4.6.1 Standort mit bestmöglicher Sicherheit	15
4.6.2 Langzeitsicherheit prognostizierbar, nicht streng beweisbar	15
4.6.3 Mehrstufiges wissenschaftsbasiertes Suchverfahren	15
4.6.4 Endlagerkonzept: Einschluss, Rückholbarkeit, Bergbarkeit und Wiederauffindbarkeit radioaktiver Abfallstoffe	15
4.6.5 Bewertung der Vorschläge und Kriterien des AKEnd	15
5. ENTSORGUNGSOPTIONEN UND IHRE BEWERTUNG	15
5.1 Ziele und Vorgehen	15
5.2 Kurzüberblick über Entsorgungsoptionen und ihre Einstufung	16
5.3 Nicht weiter verfolgte Optionen	16
5.3.1 Entsorgung im Weltraum	16
5.3.2 Entsorgung im antarktischen oder grönländischen Inlandeis	16
5.3.3 Entsorgung in den Ozeanen	16
5.3.4 Dauerlagerung an oder nahe der Erdoberfläche ohne Endlagerintention	16
5.3.5 Tiefengeologische Bergwerkslösung ohne Rückholbarkeit	16
5.4 Optionen zur weiteren Beobachtung und ggf. Erforschung	16
5.4.1 Langfristige Zwischenlagerung	16
5.4.2 Transmutation	16
5.4.3 Tiefe Bohrlöcher	16
5.5 Priorität: Endlagerbergwerk mit Reversibilität/Rückholbarkeit/Bergbarkeit	16
5.5.1 Grundlagen und Prämissen	16
5.5.2 Reversibilität, Rückholbarkeit und Bergbarkeit – Begriffsklärungen	16
5.5.3 Haltepunkte und Zwischenbewertung durch ein unabhängiges Gremium	16
5.5.4 Zeitbedarf	16
5.5.5 Begründung der Priorität	16
5.6 Zeitbedarf zur Realisierung und notwendige Zwischenlagerzeiten	16
5.6.1 Zeitplan beim favorisierten Ansatz	16
5.6.2 Mögliche Zeitpläne bei anderen Pfaden	16
5.6.3 Notwendige Zwischenlagerung vor der Endlagerung	16
6. PROZESSWEGE UND ENTSCHEIDUNGSKRITERIN	16
6.1 Ziele. Vorgehen und verwendete Materialien	17

6.2 Inventa	ar	17
6.2.1 Das	Inventar: was soll im Endlagerbergwerk eingelagert werden?	17
6.2.2 And	forderungen an die Einlagerbarkeit anderer als der HAW Abfälle	17
6.3 Was ist	ein ,bestmöglicher Standort'?	17
6.4 Vertief	te Beschreibung der Prozesswege	17
6.4.1 Das	Auswahlverfahren	17
6.4.1.1	Schritte in Suchphase 1 und Aufgaben des Vorhabensträgers	17
6.4.1.2	Überprüfung des Vorschlages des Vorhabensträgers in Suchphase 1	17
6.4.1.3	Charakterisierung von Suchphase 2 und 3	17
6.4.2 Ber	gtechnische Erschließung des Standorts	17
6.4.3 Ein	lagerung der Abfälle	17
6.4.4 Bed	bachtungsphase bis zum Verschluss des Bergwerks	17
6.4.5 Bed	bachtung des verschlossenen Bergwerks	17
6.4.6 Pro	zess- und Endlagermonitoring	17
6.4.7 Pro	zessgestaltung als selbsthinterfragendes System	17
6.5 Entsch	eidungskriterien für das Auswahlverfahren	17
6.5.1 Sicl	herheitskonzept und Sicherheitsuntersuchungen	17
6.5.2 Unt	erschiedliche Kriterien und ihre Funktionen im Auswahlverfahren	17
6.5.3 Geo	owissenschaftliche Ausschlusskriterien	17
6.5.4 Geo	owissenschaftliche Mindestkriterien	17
6.5.5 Geo	owissenschaftliche Abwägungskriterien	17
6.5.6 Plan	nungsrechtliche Kriterien	17
6.5.7 Soz	ioökonomische Potentialanalyse	17
6.6 Anford	erungen an die Dokumentation	18
6.6.1 We	lche Daten werden wann im Prozess benötigt?	18
6.6.2 We	lche Daten müssen wie lange gespeichert werden?	18
6.6.3 Spe	cicherorte	18
6.6.4 We	lche Daten sollen vorsorglich erhoben werden?	18
6.6.5 Zug	griffs-, Einsichts- und Eigentumsregeln zu den Daten	18
6.7 Anford	erungen an Behälter	18
6.8 Anford	erungen an Forschung und Technologieentwicklung	18
6.8.1 End	llagerkonzept und benötigte Infrastrukturen	18
6.8.2 Ber	gwerkstechnologien insbesondere zur Rückholbarkeit	18
6.8.3 For	schung zur Kompetenzerhaltung	18
6.8.4 Erfe	orschung/Beobachtung alternativer Optionen	18
7. EIN AKZI	EPTIERTES AUSWAHLVERFAHREN	18

7.1 Ziele der Öffentlichkeitsbeteiligung	18
7.2 Erfahrungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit während der Kommissionsarbeit	18
7.2.1 Beteiligung der Öffentlichkeit	18
7.2.2 Erfahrungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit während der Kommission	
7.2.3 Auswertung (u.a. wissenschaftliche Begleitung)	18
7.2.4 Verweis auf Beteiligungsbericht (vgl. Anhang)	18
7.3 Vorschläge zur Beteiligung der Öffentlichkeit während des Standortauswahlverfahrens	19
7.3.1 Grundsätze (Legitimation durch Verfahren/Abschichtung; Gewährleistung gle Augenhöhe; Nachhaltigkeit über langen Zeitraum)	
7.3.2 Öffentlichkeitsbeteiligung und bestmöglicher Standort	19
7.3.3 Beteiligung der Öffentlichkeit nach AkEnd	19
7.3.4 Überlegungen zu Beteiligungsbereitschaft und Vetorecht	19
7.3.5 Kritik der Öffentlichkeitsbeteiligung nach StandAG	19
7.3.6 Einordnung der Kommission als Beteiligung der Öffentlichkeit	19
7.3.7 Beteiligung der Öffentlichkeit vor Beginn des Auswahlverfahrens	19
7.3.8 Beteiligung der Öffentlichkeit auf Ebene Standortregion	19
7.3.9 Beteiligung der Öffentlichkeit auf Ebene übertägig zu erkundender Standorte	19
7.3.10 Beteiligung der Öffentlichkeit auf Ebene untertägig zu erkundender Standor	te 19
7.4 Einordnung des gesellschaftlichen Begleitgremiums	19
7.5 Vorstellungen zum Rechtsschutz und zur Legalplanung	19
7.6 Vorschläge zur (Behörden-)Trägerschaft	19
7.7 Empfehlungen zur Änderung des StandAG	19
EVALUIERUNG DES STANDORTAUSWAHLGESETZES	19
8.1 Analyse und Bewertung StandAG	19
8.2 Behördenstruktur	19
8.3 Rechtsschutz	19
8.3.1 Umweltverträglichkeitsprüfung und Anforderungen des Europarechts	19
8.3.2 Weitere Rechtsschutzoptionen	19
8.4 Veränderungssperren	19
8.5 Exportverbot	19
8.6 Regeln der Öffentlichkeitsbeteiligung	19
8.7 Ausstieg aus der Kernenergie unumkehrbar machen	19
8.8 Recht künftiger Generationen auf Langzeitsicherheit	19
8.9 Weitere Punkte	19

8.10 Vorschläge der Kommission an den Gesetzgeber	19
9. WEITERE EMPFEHLUNGEN DER KOMMISSION	20
9.1 Weitere Arbeit	20
9.1.2 Archivierung	20
9.1.3 Informationsstelle für Umsetzung des Berichts	20
9.1.4 Überprüfungen/Evaluierung	20
9.1.5 Forschungsbedarf	20
9.1.6 Offene Fragen	20
9.1.7 Umsetzung und weitere Arbeit	20
10. TECHNIKBEWERTUNG UND TECHNIKGESTALTUNG	20
10.1 Die Bedeutung des technischen Fortschritts	20
10.2 Grenzen des evolutionären Determinismus	20
10.3 Technikfolgenabschätzung und Technikgestaltung	20
10.4 Empfehlungen an Politik und Wissenschaft	20
11. SONDERVOTEN	20
12. ANHANG	20
12.1 Beteiligungsbericht	20
12.2 Grundlagen der Kommissionsarbeit	20
12.2.1 Standortauswahlgesetz	20
12.2.2 Antrag der Bundestagfraktionen CDU/CSU, SPD, und Bündnis 90/E vom 7.4.2014	
12.2.3 Geschäftsordnung der Kommission	20
12.3 Mitglieder der Kommission und ihrer Arbeitsgruppen	21
12.3.1 Mitglieder der Kommission	21
12.3.2 Mitglieder der Arbeitsgruppe 1	21
12.3.3 Mitglieder der Arbeitsgruppe 2	21
12.3.4 Mitglieder der Arbeitsgruppe 3	21
12.3.4 Mitglieder der Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild	21
12.3.5 Mitglieder der Ad-hoc-Gruppe EVU-Klagen	21
12.4 Übersichten: Sitzungen, Anhörungen, Informationsfahrten, Gutacht	en21
12.4.1 Sitzungen	21
12.4.2 Anhörungen	21
12.4.3 Informationsfahrten	21
12.4.3 Gutachten	21
12.5 Verzeichnisse der Drucksachen und Materialien	21
12.5.1 Drucksachen	21

12.5.2 Materialien	21
12.6 Weiterführende Informationen	21
12.6.1 In Deutschland betriebene Leistungsreaktoren	21
12.6.2 In Deutschland betriebene Forschungsreaktoren	21
12.7 Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Kommission	21
12.8. Literaturhinweise, Glossar, Abkürzungsverzeichnis	21
12.8.1 Literaturhinweise	21
12.8.2 Glossar	21
12.8.3 Abkürzungsverzeichnis	21
Inhalt des Elektronischen Anhangs	21
1. Tagesordnungen	21
2. Protokolle	21
3. Drucksachen	21
4. Materialien	21

## ENTWURF "Atmende Gliederung" Stand 3. Februar 2016

Der folgende Entwurf einer "atmenden Gliederung" für den Bericht der Kommission zur sicheren Verwahrung hoch radioaktiver Abfälle nimmt die Anregungen der Kommissionsmitglieder, insbesondere die Vorschläge der Arbeitsgruppen auf und bezieht sie in die Gliederung ein.

In Klammern sind jeweils die Hauptverantwortlichen für die Vorbereitung der jeweiligen Teile erwähnt. Die federführend Verantwortlichen für die Kapitel – dies betrifft insbesondere die Erstellung eines 1. Entwurfs der Texte – sind dabei fett und unterstrichen gekennzeichnet.

Der Bericht hat einen Teil A mit Vorwort und Zusammenfassung des Berichts sowie Leitbild, Aufzeigen der Neuerungen und Empfehlungen der Kommission. Der Teil B beschreibt ausführlich die Arbeit mit ihren Beratungen, Anhörungen und der Entscheidungsfindung sowie die Leitvorstellungen der Kommission.

Der Teil A des Berichts soll etwa 50 Druckseiten umfassen, der Teil B 200 Druckseiten.

Eine Druckseite eines Bundestagsberichts mit Anmerkungen enthält im Schnitt etwa 5.900 Zeichen, wobei die Leerzeichen mitzuzählen sind.

Die Gliederung des 200-seitigen Teils B umfasst bereits 177 Unterpunkte. Damit entfällt rein rechnerisch im Teil B auf jeden Unterpunkt nur etwas mehr als eine Druckseite (knapp 6.700 Zeichen).

## **VORWORT**

(Umfang ca. 1 ½ - 2 Druckseiten

verantwortlich: <u>Ursula Heiner-Esser/Michael Müller – HE/MM</u>)

(Eine Gemeinschaftsanstrengung - die sichere Verwahrung radioaktiver Abfälle: Arbeit, Ziele

und Empfehlungen der Kommission/Dank für die Arbeit)

# PRÄAMBEL: NACHHALTIGKEIT – VERANTWORTUNG UND GERECHTIGKEIT

(verantwortlich: <u>Ad-hoc-Gruppe Leitbild</u>, und GSt)

#### 1. Zehn Grundsätze

(verantwortlich: <u>Ad-hoc-Gruppe Leitbild</u>, und GSt)

Kasten: Bestmögliche Sicherheit

## 2. Gesellschaftlicher Konsens: Ausstieg aus der Kernenergie

(verantwortlich: Ad-hoc-Gruppe Leitbild, und GSt)

### 3. Regeln für eine Kultur im Umgang mit Konflikten

(verantwortlich: Ad-hoc-Gruppe EVU-Klagen und GSt)

(Einfügung: Kasten mit den wichtigsten Forderungen an den Gesetzgeber)

## TEIL A: ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN

(Umfang ca. 50 Druckseiten)

## 1. WIE DIE STANDORTSUCHE GELINGEN KANN

(verantwortlich: <u>HE/MM</u>, <u>GSt</u> jeweils mit:)

#### 1.1 Ein transparentes, faires Auswahlverfahren

(AG 3 + AG 1 mit Breiter Konsens für Standortentscheidung)

Kasten mit Schaubild: Das Auswahlverfahren

#### 1.2 Suche mit Bürgerbeteiligung

(AG 1)

Kasten mit Schaubild: Die Bürgerbeteiligung

# 1.3 Das neue Konzept: Rückholbarkeit, Fehlerkorrektur, Geringere Wärmelast

(AG3)

#### 1.4 Arbeitsweise der Kommission

(GSt)

#### 1.4.1 Drei Phasen der Kommissionsarbeit

1.4.2 Wichtige Schritte und Zwischenergebnisse

## 2. EMPFEHLUNGEN FÜR DIE MÖGLICHST SICHERE LA-GERUNG

(verantwortlich für Zusammenfassung aus den AGs: **HE/MM**, **Vorsitzende der AGs** und GSt)

## 2.1 Empfohlener Entsorgungspfad

(Ergebnis aus AG 3)

## 2.2 Kriterien für die Standortauswahl

(Ergebnis aus AG 3)

#### 2.2.1 Ausschlusskriterien

(Ergebnis aus AG 3)

#### 2.2.2 Mindestanforderungen

(Ergebnis aus AG 3)

## 2.2.3 Abwägungskriterien

(Ergebnis aus AG 3)

#### 2.2.4 Planungsrechtliche Kriterien

(Ergebnis aus AG 3)

#### 2.3 Lagerung hoch radioaktiver Abfälle

(Ergebnis aus AG 3)

#### 2.4 Lagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle

(Ergebnis aus AG 3)

#### 2.5 Nutzung von Zwischenlagern

(Ergebnis aus AG 3)

## 2.6 Verhinderung von Missbrauch

(Ergebnis aus AG 3)

# 3. POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE EMPHELUNGEN

(<u>HE/MM</u>, <u>Vorsitzende AGs</u> und GSt)

## 3.1 Gesellschaftliche Akzeptanz und Beteiligungsformen

(Ergebnis aus AG 1)

### 3.2 Institutionelle Vorschläge

(Ergebnis aus AG 2, AG 3, AG 1)

### 3.3 Gesetzliche und verfassungsrechtliche Vorschläge

(Ergebnis aus AG 2, AG 3, AG 1)

### 3.3.1 Änderung des Standortauswahlgesetzes

(Ergebnis aus AG 2, AG 3, AG 1)

#### 3.3.2 Weitere Gesetzesänderungen

(Ergebnis aus AG 2, AG 3, AG 1)

## 3.3.3. (ggf. ) Kernenergieausstieg im Grundgesetz verankern

(Ergebnis aus AG 2)

## 3.4 Sicherung von Wissen und Forschung

(Ergebnis aus AG 3)

## 3.5 Ausbau der Technikfolgenbewertung

(Ergebnis aus Ad-hoc-Gruppe Leitbild)

## 3.6 Zukunftsethik in der Risikogesellschaft

(Ergebnis aus Ad-hoc-Gruppe Leitbild)

#### **TEIL B: BERICHT**

## 1. GESETZLICHER AUFTRAG DER KOMMISSION

(verantwortlich: <u>GSt</u>)

- 1.1 Vorgeschichte
- 1.2 Entstehung des Standortauswahlgesetzes
- 1.3. Das Standortauswahlgesetz
- 1.3 Auftrag der Kommission
- 1.5 Politische und gesellschaftliche Grundlagen für das Auswahlverfahren

# 2. AUSGANGSBEDINGUNGEN FÜR DIE KOMMISSIONSARBEIT

## 2.1 Die Geschichte der Kernenergie

(verantwortlich Ad-hoc AG Leitbild und GSt)

- 2.1.1 Phase eins: Der Wettlauf um die Atombombe
- 2.1.2 Phase zwei: Der Aufstieg der nuklearen Stromerzeugung
- 2.1.3 Phase drei: Die Debatte um eine Energielücke
- 2.1.4 Phase vier: Klimawandel und Atomenergie
- 2.1.5 Phase fünf: Ausstieg aus der Kernenergie

### 2.2 Die Entsorgung radioaktiver Abfälle

(verantwortlich Ad-hoc-Gruppe Leitbild und GSt)

- 2.2.1 Der Umfang der Aufgabe
- 2.2.2 Suche nach Endlagerstandorten
- 2.2.3 Die Endlagerung radioaktiver Stoffe
- 2.2.4 Die gesellschaftlichen Konflikte um Standorte
- 2.2.5 Das Ende der Produktion radioaktiver Abfallstoffe
- 2.2.6 Handlungszwang: Zwischenlager

(In Abstimmung mit AG 3)

### 2.3 Der Umgang mit Konflikten

(verantwortlich: Ad-hoc-Gruppe EVU-Klagen und GSt)

2.3.1 Grundsätze für eine Kultur des Konflikts

#### 3. DAS PRINZIP VERANTWORTUNG

(verantwortlich M. Müller mit R. Meister und G. Milbradt sowie Ad-hoc-Gruppe Leitbild)

#### 3.1 Der Konflikt der zwei Modernen

- 3.1.1 Die Grenzen tradierter Regelungen
- 3.1.3 Von der einfachen zu reflexiven Modernisierung
- 3.1.4 Verantwortung und Fortschrittsidee
- 3.1.5 Das Spannungsverhältnis von Freiheit und Wissenschaft

### 3.2 Ethische Prinzipien zur Festlegung von Entscheidungskriterien

- 3.2.1 Sicherheit für Mensch und Natur heute und in der Zukunft
- 3.2.2 Die friedenspolitische Herausforderung
- 3.2.3 Vermeidung unzumutbarer Belastungen für zukünftige Generationen

## 3.3 Zielkonflikte und Abwägungsnotwendigkeiten

- 3.3.1 Freiheit versus Sicherheit
- 3.3.2 Reversibilität von Entscheidungen
- 3.3.3 Realistische Annahmen über künftige Technologien und Gesellschaften

#### 3.4 Leitbild Nachhaltigkeit

#### 3.5 Zehn Grundsätze

## 3.6 Vorschläge an Politik und Wissenschaft

#### 4. SICHERE LAGERUNG RADIOAKTIVER ABFALLSTOFFE

#### 4.1 Abfallbilanz

(verantwortlich <u>GSt</u> und AG 3)

- 4.1.1 Hoch radioaktive Abfälle
- 4.1.2 Schwach- und mittelradioaktive Abfälle
- 4.1.3 Dokumentationsformen und -pflichten

#### 4.2 Geowissenschaftliche Daten

(verantwortlich AG 3 und GSt)

- 4.2.1 Arbeitsgrundlagen des AK End
- 4.2.2 Geowissenschaftliche und hydrogeologische Daten
- 4.2.3 Bewertung der Datenlage

## 4.3 Warum radioaktive Abfallstoffe sicher verwahrt werden müssen

#### 4.3.1 Physikalische Antwort

(verantwortlich: <u>AG 3</u> und GSt)

## 4.3.2 Biologisch/medizinische Antwort

(verantwortlich: AG 3 und GSt)

#### 4.3.3 Gesellschaftspolitische Antworten

(Ad-hoc-Gruppe Leitbild und GSt)

## 4.4 Nationale Erfahrungen mit Endlagerprojekten

(verantwortlich: **GSt**)

- 4.4.1 Schachtanlage Asse II
- 4.4.2 Endlager Morsleben
- 4.4.3 Endlager Schacht Konrad
- 4.4.4 Erkundungsbergwerk Gorleben

#### 4.4.5 Bewertung der Erfahrungen

(In Abstimmung mit AG1. Stichwort: Bislang Standortauswahl ohne Bürgerbeteiligung, Bürger/Kritiker könnten helfen, Fehler zu vermeiden)

#### 4.5. Internationale Erfahrungen

(verantwortlich: <u>GSt</u> und AG 3)

- 4.5.1 Auswahl von Endlagerstandorten in anderen Ländern
- **4.5.2** Schweiz
- 4.5.3 Schweden
- 4.5.4 Finnland
- 4.5.5 Sonstige
- 4.5.5.1 Frankreich
- 4.5.5.2 Großbritannien
- 4.5.5.3 Kanada
- 4.5.5.4 USA

#### 4.5.6 Bewertung der Erfahrungen

(Mit Vorgehensweise bei der Festlegung der Kriterien, Erfahrungen bei der Langzeitbetrachtung und Bewertung, Erfahrungen bei der Öffentlichkeitsbeteiligung – ggf. auch im Abschnitt B 6.7)

## 4.6 Neustart der Endlagersuche

(verantwortlich: AG 3 und GSt)

- 4.6.1 Standort mit bestmöglicher Sicherheit
- 4.6.2 Langzeitsicherheit prognostizierbar, nicht streng beweisbar
- 4.6.3 Mehrstufiges wissenschaftsbasiertes Suchverfahren
- 4.6.4 Endlagerkonzept: Einschluss, Rückholbarkeit, Bergbarkeit und Wiederauffindbarkeit radioaktiver Abfallstoffe
- 4.6.5 Bewertung der Vorschläge und Kriterien des AKEnd

## 5. ENTSORGUNGSOPTIONEN UND IHRE BEWERTUNG

(verantwortlich: AG 3 und GSt)

## 5.1 Ziele und Vorgehen

## 5.2 Kurzüberblick über Entsorgungsoptionen und ihre Einstufung

## 5.3 Nicht weiter verfolgte Optionen

- 5.3.1 Entsorgung im Weltraum
- 5.3.2 Entsorgung im antarktischen oder grönländischen Inlandeis
- 5.3.3 Entsorgung in den Ozeanen
- 5.3.4 Dauerlagerung an oder nahe der Erdoberfläche ohne Endlagerintention
- 5.3.5 Tiefengeologische Bergwerkslösung ohne Rückholbarkeit

### 5.4 Optionen zur weiteren Beobachtung und ggf. Erforschung

- 5.4.1 Langfristige Zwischenlagerung
- 5.4.2 Transmutation
- 5.4.3 Tiefe Bohrlöcher

## 5.5 Priorität: Endlagerbergwerk mit Reversibilität/Rückholbarkeit/Bergbarkeit

- 5.5.1 Grundlagen und Prämissen
- 5.5.2 Reversibilität, Rückholbarkeit und Bergbarkeit Begriffsklärungen
- 5.5.3 Haltepunkte und Zwischenbewertung durch ein unabhängiges Gremium
- 5.5.4 Zeitbedarf
- 5.5.5 Begründung der Priorität

#### 5.6 Zeitbedarf zur Realisierung und notwendige Zwischenlagerzeiten

- 5.6.1 Zeitplan beim favorisierten Ansatz
- 5.6.2 Mögliche Zeitpläne bei anderen Pfaden
- 5.6.3 Notwendige Zwischenlagerung vor der Endlagerung

#### 6. PROZESSWEGE UND ENTSCHEIDUNGSKRITERIN

(verantwortlich AG 3 und Gst)

## 6.1 Ziele, Vorgehen und verwendete Materialien

#### 6.2 Inventar

- 6.2.1 Das Inventar: was soll im Endlagerbergwerk eingelagert werden?
- 6.2.2 Anforderungen an die Einlagerbarkeit anderer als der HAW Abfälle

## 6.3 Was ist ein ,bestmöglicher Standort'?

## 6.4 Vertiefte Beschreibung der Prozesswege

- 6.4.1 Das Auswahlverfahren
- 6.4.1.1 Schritte in Suchphase 1 und Aufgaben des Vorhabensträgers
- 6.4.1.2 Überprüfung des Vorschlages des Vorhabensträgers in Suchphase 1
- 6.4.1.3 Charakterisierung von Suchphase 2 und 3
- 6.4.2 Bergtechnische Erschließung des Standorts
- 6.4.3 Einlagerung der Abfälle
- 6.4.4 Beobachtungsphase bis zum Verschluss des Bergwerks
- 6.4.5 Beobachtung des verschlossenen Bergwerks
- 6.4.6 Prozess- und Endlagermonitoring
- 6.4.7 Prozessgestaltung als selbsthinterfragendes System

## 6.5 Entscheidungskriterien für das Auswahlverfahren

- 6.5.1 Sicherheitskonzept und Sicherheitsuntersuchungen
- 6.5.2 Unterschiedliche Kriterien und ihre Funktionen im Auswahlverfahren
- 6.5.3 Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien
- 6.5.4 Geowissenschaftliche Mindestkriterien
- 6.5.5 Geowissenschaftliche Abwägungskriterien
- 6.5.6 Planungsrechtliche Kriterien
- 6.5.7 Sozioökonomische Potentialanalyse

### 6.6 Anforderungen an die Dokumentation

- 6.6.1 Welche Daten werden wann im Prozess benötigt?
- 6.6.2 Welche Daten müssen wie lange gespeichert werden?
- 6.6.3 Speicherorte
- 6.6.4 Welche Daten sollen vorsorglich erhoben werden?
- 6.6.5 Zugriffs-, Einsichts- und Eigentumsregeln zu den Daten

## 6.7 Anforderungen an Behälter

### 6.8 Anforderungen an Forschung und Technologieentwicklung

- 6.8.1 Endlagerkonzept und benötigte Infrastrukturen
- 6.8.2 Bergwerkstechnologien insbesondere zur Rückholbarkeit
- 6.8.3 Forschung zur Kompetenzerhaltung
- 6.8.4 Erforschung/Beobachtung alternativer Optionen

#### 7. EIN AKZEPTIERTES AUSWAHLVERFAHREN

(verantwortlich: AG 1 und GSt)

## 7.1 Ziele der Öffentlichkeitsbeteiligung

# 7.2 Erfahrungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit während der Kommissionsarbeit

- 7.2.1 Beteiligung der Öffentlichkeit
- 7.2.2 Erfahrungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit während der Kommissionsarbeit
- 7.2.3 Auswertung (u.a. wissenschaftliche Begleitung)
- 7.2.4 Verweis auf Beteiligungsbericht (vgl. Anhang)

- 7.3 Vorschläge zur Beteiligung der Öffentlichkeit während des Standortauswahlverfahrens
- 7.3.1 Grundsätze (Legitimation durch Verfahren/Abschichtung; Gewährleistung gleicher Augenhöhe; Nachhaltigkeit über langen Zeitraum)
- 7.3.2 Öffentlichkeitsbeteiligung und bestmöglicher Standort
- 7.3.3 Beteiligung der Öffentlichkeit nach AkEnd
- 7.3.4 Überlegungen zu Beteiligungsbereitschaft und Vetorecht
- 7.3.5 Kritik der Öffentlichkeitsbeteiligung nach StandAG
- 7.3.6 Einordnung der Kommission als Beteiligung der Öffentlichkeit
- 7.3.7 Beteiligung der Öffentlichkeit vor Beginn des Auswahlverfahrens
- 7.3.8 Beteiligung der Öffentlichkeit auf Ebene Standortregion
- 7.3.9 Beteiligung der Öffentlichkeit auf Ebene übertägig zu erkundender Standorte
- 7.3.10 Beteiligung der Öffentlichkeit auf Ebene untertägig zu erkundender Standorte
- 7.4 Einordnung des gesellschaftlichen Begleitgremiums
- 7.5 Vorstellungen zum Rechtsschutz und zur Legalplanung
- 7.6 Vorschläge zur (Behörden-)Trägerschaft
- 7.7 Empfehlungen zur Änderung des StandAG

#### 8. EVALUIERUNG DES STANDORTAUSWAHLGESETZES

(verantwortlich: AG 2 und GSt)

- 8.1 Analyse und Bewertung StandAG
- 8.2 Behördenstruktur
- 8.3 Rechtsschutz
- 8.3.1 Umweltverträglichkeitsprüfung und Anforderungen des Europarechts
- 8.3.2 Weitere Rechtsschutzoptionen
- 8.4 Veränderungssperren
- 8.5 Exportverbot
- 8.6 Regeln der Öffentlichkeitsbeteiligung
- 8.7 Ausstieg aus der Kernenergie unumkehrbar machen
- 8.8 Recht künftiger Generationen auf Langzeitsicherheit
- **8.9** Weitere Punkte
- 8.10 Vorschläge der Kommission an den Gesetzgeber

#### 9. WEITERE EMPFEHLUNGEN DER KOMMISSION

(nach § 4,5 StandAG mit Begründungen, verantwortlich <u>HE/MM und Vorsitzende der AGs</u>, GSt)

#### 9.1 Weitere Arbeit

- 9.1.2 Archivierung
- 9.1.3 Informationsstelle für Umsetzung des Berichts
- 9.1.4 Überprüfungen/Evaluierung
- 9.1.5 Forschungsbedarf
- 9.1.6 Offene Fragen
- 9.1.7 Umsetzung und weitere Arbeit

#### 10. TECHNIKBEWERTUNG UND TECHNIKGESTALTUNG

(verantwortlich <u>Ad-hoc-Gruppe Leitbild</u> mit Armin Grunwald)

- 10.1 Die Bedeutung des technischen Fortschritts
- 10.2 Grenzen des evolutionären Determinismus
- 10.3 Technikfolgenabschätzung und Technikgestaltung
- 10.4 Empfehlungen an Politik und Wissenschaft

#### 11. SONDERVOTEN

## 12. ANHANG

(verantwortlich: <u>GSt</u> wenn nicht anders vermerkt)

### 12.1 Beteiligungsbericht

(verantwortlich AG 1)

#### 12.2 Grundlagen der Kommissionsarbeit

- 12.2.1 Standortauswahlgesetz
- 12.2.2 Antrag der Bundestagfraktionen CDU/CSU, SPD, und Bündnis 90/Die Grünen vom 7.4.2014
- 12.2.3 Geschäftsordnung der Kommission

## 12.3 Mitglieder der Kommission und ihrer Arbeitsgruppen

- 12.3.1 Mitglieder der Kommission
- 12.3.2 Mitglieder der Arbeitsgruppe 1
- 12.3.3 Mitglieder der Arbeitsgruppe 2
- 12.3.4 Mitglieder der Arbeitsgruppe 3
- 12.3.4 Mitglieder der Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild
- 12.3.5 Mitglieder der Ad-hoc-Gruppe EVU-Klagen

## 12.4 Übersichten: Sitzungen, Anhörungen, Informationsfahrten, Gutachten

- 12.4.1 Sitzungen
- 12.4.2 Anhörungen
- 12.4.3 Informationsfahrten
- 12.4.3 Gutachten

#### 12.5 Verzeichnisse der Drucksachen und Materialien

- 12.5.1 Drucksachen
- 12.5.2 Materialien

#### 12.6 Weiterführende Informationen

- 12.6.1 In Deutschland betriebene Leistungsreaktoren
- 12.6.2 In Deutschland betriebene Forschungsreaktoren

#### 12.7 Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Kommission

#### 12.8. Literaturhinweise, Glossar, Abkürzungsverzeichnis

- 12.8.1 Literaturhinweise
- **12.8.2 Glossar**
- 12.8.3 Abkürzungsverzeichnis

#### **Inhalt des Elektronischen Anhangs**

- 1. Tagesordnungen
- 2. Protokolle
- 3. Drucksachen
- 4. Materialien